

Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict (GPPAC)

**Konferenz der Zivilgesellschaft
am Sitz der Vereinten Nationen in New York
vom 19. – 21. Juli 2005**

Ein Konferenzbericht von Angelika Spelten

Im Juni 2002 forderte UN-Generalsekretär Kofi Annan in seinem Bericht „Prevention of Armed Conflict“ die (Welt-) Zivilgesellschaft, Regierungen und regionale Organisationen dazu auf, eine globale Partnerschaft für die Prävention bewaffneter Konflikte (Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict, GPPAC) zu gründen.

Paul von Tongeren, Direktor des Europäischen Zentrums für Konfliktprävention in Utrecht (ECCP), Niederlande, nahm diese Empfehlung auf und entwarf einen Projektvorschlag zu seiner Umsetzung, der von Kofi Annan sowie etlichen Regierungen und weiteren Finanziers unterstützt wurde.

So entstand das Projekt, im Rahmen einer internationalen Konferenz in New York im Juni 2005 einen Aktionsplan (Action-Agenda) für die Gestaltung dieser Partnerschaft zu beraten und zu beschließen. Dieser Aktionsplan soll die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Aufgabe der Gewaltprävention definieren und stärken. Vom 19. – 21. Juni war es dann soweit, die GPPAC-Konferenz tagte im Gebäude der Vereinten Nationen in New York. Für die Plattform zivile Konfliktbearbeitung und FriEnt nahmen Angelika Spelten und Natascha Zupan teil. Etliche Teilhabendenorganisationen der Plattform waren darüber hinaus durch eigene VertreterInnen an der Konferenz in unterschiedlichen Funktionen beteiligt.

1. Gesamteindruck – Der Rausch des historischen „Mitschwimmens“

Beeindruckend in diesem Raum der Generalversammlung zu sitzen (bei der offiziellen Eröffnung und dem Abschluss), in dem Mandela und Gorbatschow ihre mutigen Friedensstrategien verteidigten. Sehr nett zu entdecken, dass nur dieser Ausschnitt, der im Fernsehen immer zu sehen ist, die Rednerempore mit dem goldenen Hintergrund, tatsächlich prächtig wirkt und der Rest eher wie eine verstaubte Aula aus den 50er Jahren. Ein bisschen lasse ich mich von der Idee einlullen, dass es vielleicht doch so etwas wie ein erfolgreicher subversiver Akt der Zivilgesellschaft ist, dieses Plattend., die Holzpaneele und Sitzbänke mit dem 50er Jahre Ambiente mit so unprotokollarischen Dingen wie Gesängen, Tanz, unkontrolliertem Gelächter und Geklatsche zu unterwandern. Wahrscheinlich ist das aber eher Quatsch und sie trotzen solchen Zersetzungsversuchen schon seit geraumer Zeit.

- **Ziele und Charakter der Konferenz**

Offiziell gab es drei Ziele für die Konferenz, die sowohl in der Global Action Agenda als auch auf verschiedenen anderen Papieren abgedruckt sind. Die ausführliche Originalformulierung ist unter www.peoplebuildingpeace.org zu finden, zusammengefasst geht es darum:

1. Die erarbeitete Global Action Agenda anzunehmen (adopt) und zu präsentieren und damit den „Shift to Prevention“ einzuleiten bzw. auf „die Agenda“ zu setzen. Dieses Ziel ist erreicht, bereits vor der Konferenz hatten über 500 Organisationen rund um den Globus die Agenda unterschrieben und damit angenommen.
2. Es sollte ein Plan zur Umsetzung der Action Agenda entwickelt werden und ein stabiles Netzwerk entstehen, dass sich auch in gewissem Rahmen verpflichtet. Da diese Ziele nichts darüber aussagen, wie groß der Kreis derer sein muss, die sich verpflichten oder wie umfassend das Netzwerk sein muss, kann man auch hier sagen, dass mit der International Steering Group, in der alle 15 Regionen einen Vertreter haben ein solches Netzwerk entstanden ist. Außerdem – hier ist die Action Agenda dem deutschen Aktionsplan ganz ähnlich – ist die Themenliste in der Agenda so umfassend, dass viele bereits von NGOs angekündigte Veranstaltungen und Aktivitäten, immer so verbucht werden können, dass sie zur Umsetzung der Action Agenda beitragen. Ob und welche Zusagen es darüber hinaus von einzelnen Regierungen, Regionalorganisationen oder UN-Stellen für die weitere Zusammenarbeit mit GPPAC gibt, konnte man auf der Konferenz nicht erfahren. Es ist aber zu vermuten, dass die Hauptorganisatoren der Konferenz um das ECCP hier auch etwas aufzuweisen haben.
3. In den Regionen sollte das Bewusstsein für die Anliegen der Krisenprävention und die Arbeit der GPPAC-Partnerorganisationen gestärkt werden. Da diese Zielformulierungen keine quantitativen Indikatoren beinhalten, kann man immer davon ausgehen, dass solche Effekte irgendwo und in irgendeinem Maße sicherlich aufgetreten sind.

Soweit zu den ganz formalen Aspekten der Zielerreichung, die im Folgenden durch persönliche Betrachtungen während der Konferenz ergänzt werden:

Bei der feierlichen Eröffnung wurde sehr viel Emphase darauf gelegt, wie großartig es ist, dass man hier ist, dass es gelungen ist, diese Idee/ dieses Projekt zu verwirklichen, wie viel Arbeit und Dynamik auch im Sinne von Zusammenwachsen und wie viel politische Überzeugungsleistung notwendig war, um diese Konferenz stattfinden zu lassen und dass Zivilgesellschaft stolz darauf sein kann, das alles zurückgelegt zu haben – und die Global Action Agenda ist die Manifestation all dessen. Das könnte man jetzt mit süffisanten Bemerkungen schmücken, muss man aber nicht. Wesentlich ist vielleicht, dass bei den Organisatoren und durchaus auch bei einigen Teilnehmenden, wie später in Einzelgesprächen herauszuhören war, das Verständnis von „der Weg ist das Ziel“ bestand.

Die Veranstaltung hatte folglich gar nicht so sehr den Anspruch ein Fachkongress oder eine Fachtagung zum Thema Krisenprävention oder zivilgesellschaftliche Ansätze der Friedensförderung zu sein. Üblicherweise werden auf Fachkongressen die neusten Forschungsergebnisse bzw. Berichte von aktuellen, exemplarischen Projekten und Praxisbeispielen vorgestellt und knifflige Kontroversen (oft durch sogenannte Fachexperten) diskutiert. Um eine solche Veranstaltung handelte es sich bei der GPPAC-Konferenz ganz klar nicht – die meisten Diskussionen waren eher seicht, bei den Arbeitsgruppen ging es wohl oft um Begriffsklärungen und den Austausch von Erfahrungsberichten. Bei den Panels gab es einige interessante Vorträge, ich habe z.B. erfahren, wie der politische Wan-

del in Afrika durch NEPAD und andere Initiativen aus afrikanischer Sicht bewertet wird; habe einen Vortrag gehört, der das Argument vertrat, dass Prävention erfolgreicher sein kann, wenn sektorale Ansätze ausprobiert würden. Das war ja nicht uninteressant aber die spannenden Frage, ob das denn von irgendeiner politischen Institution probiert wird, wie das genau aussehen könnte, welche Veränderungen das in Bezug auf die Rolle des Sicherheitsrates hätte – hier hätte jetzt der Charakter des Fachkongresses angesetzt – diese spannenden Fragen wurden nicht besprochen. Nach meiner Wahrnehmung diente die Konferenz der Einführung und gleichzeitigen Besetzung des Themenfeldes der zivilen Krisenprävention und Friedensförderung auf der internationalen Politikbühne durch eine noch im Entstehen begriffene internationale zivilgesellschaftliche Fachklientel.

Wenn man so will, war die Konferenz in erster Linie ein Initiationsritual für ein Thema und seine Protagonisten aus aller Welt. Das hört sich vielleicht seltsam an, weil wir die Vorstellung haben, dass dieses Thema doch nun seit mindestens elf Jahren (Ruanda) international bekannt sein sollte und es Literatur in Hülle und Fülle gibt. Was aber nicht heißt, dass diese Weißheit auch außerhalb der doch recht engen Fachwelt bereits hinreichend wahrgenommen wird. Das führt zu dem Punkt:

- **Das Spektrum der Teilnehmenden**

Es gibt eine Teilnehmerliste, die man sicherlich nach den Regeln der Kunst einmal auswerten könnte, um die regionale Verteilung besser zu sehen. Aber klar ist, dass es keine regionale Gleichverteilung gab, wofür es möglicherweise ganz simple und nachvollziehbare Gründe geben kann.

Die Vertrautheit mit dem Themenfeld unter den Teilnehmenden schien sehr breit zu sein. Es gab NGO-Vertreter, die überhaupt erst seit ½ Jahr wissen, dass das was sie ganz praktisch machen, auch einen Platz in dem großen Bauchladen zivilgesellschaftlicher Ansätze zur Friedensförderung hat und die sehr interessiert, erfreut und überrascht bei dieser Konferenz die Gelegenheit nutzten, andere Themen, mit so obskuren Abkürzungen wie SSR oder DDR, kennen zu lernen. Natürlich gab es auch Vertreterinnen von lokalen und internationalen NGOs, die mit ihrer praktischen Arbeit seit langer Zeit bereits die Entwicklung des Themenfeldes prägen. Daneben gab's alte Hasen und Häsinnen aus der Wissenschaft oder den internationalen Think Tanks wie der International Peace Academy, von International Alert etc., die bei fast jedem Thema auf einen anderen Titel ihrer Publikationsliste zeigten, themenspezifische Lobbygruppen, die besonders gut auswählen können, mit wem sie über was reden aber nicht unbedingt daran interessiert sind, heikle Punkte zu hinterfragen und Lobbyisten, die nicht fachspezifisch arbeiten, sondern zu Allem was in ihrer Organisation gemacht wird etwas sagen und nur von Wenigem etwas wissen. Es ist schwierig tief greifende Fachdiskussionen mit so unterschiedlichen Gruppen zu führen. Interessant war für mich, dass Leute aus verschiedenen Regionen z.B. Südasien und einigen afrikanischen Ländern den Vorbereitungsprozess der vergangenen zwei Jahre, z.T. auch nur der vergangenen sechs Monate, als hilfreich und positiv für die Zivilgesellschaft in ihren Ländern bewerten. Das ist sicherlich von Region zu Region unterschiedlich aber einige Gruppen haben deutlich gesagt, dass dieser Prozess dazu beigetragen hat, dass sie sich überhaupt erst als „Community“ konstituiert hätten. Sie haben ihre Arbeit zwar schon lange gemacht, waren aber bisher nicht unbedingt national oder international vernetzt hatten auch keine eigenständige Agenda zur Friedensarbeit sondern waren „Anhängsel“ von EZ. Solche Gespräche waren deshalb interessant, weil wir mit unserer kritischen Einschätzung des Prozesses wenig Vorstellungen darüber entwickelt hatten, dass es möglicherweise für andere Akteure auch positive Aspekte gab.

Außer zivilgesellschaftlichen Vertretern waren auch etliche Staatsvertreter anwesend. Von deutscher Seite nahmen Dr. Detlev Wolter, Botschaftsrat in der politischen Abteilung der dt. Vertretung bei den UN, Botschafter Ortwin Hennig, Beauftragter für Zivile Krisenprävention sowie Annette Kaiser, BMZ Ref. 210 u.a. zuständig für den ZFD an der Konferenz teil. Zwischen den staatlichen und nicht-staatlichen Teilnehmern von deutscher Seite war der Austausch intensiv. Auf Einladung von Herrn Wolter gab es eine Vorbesprechung in der dt. Vertretung und weitere kleinere Gesprächsrunden. Die positive Resonanz der staatlichen Seite nicht nur auf den GPPAC-Prozess insgesamt, sondern auch explizit auf den Text der Global Action Agenda, zeigt dass die Konferenz auch als PR-Veranstaltung notwendig war. Sie stärkte das Bewusstsein vieler staatlicher Akteure für das Thema Krisenprävention mit seinen vielfältigen Unterthemen.

2. Was zu den Ergebnissen gesagt werden kann

- Die Action Agenda wurde in einer endgültigen Version der Öffentlichkeit übergeben. Vermutlich werden die Organisatoren und Hauptakteure/Hauptredakteure der Konferenz bzw. Action Agenda von Seiten der UNO ab jetzt als erste Ansprechpartner für die Anliegen und Themen der zivilgesellschaftlichen Krisenprävention angesehen. Das wäre zumindest nahe liegend.
- Bei einigen Veranstaltungen soll es eine Art Resümee gegeben haben, z.T. konnten verschiedene Gruppen die Konferenz nutzen, um ihre Programme oder spezifischen Vorhaben aus ihren Programmen vorzustellen und neue Kontakte zu knüpfen. Das hatte dann mehr oder weniger Zusammenhang mit dem GPPAC-Prozess der vergangenen zwei Jahre, ist aber sicherlich für die betreffenden Gruppen hilfreich gewesen. Ob man das nun zu den „Ergebnissen“ von GPPAC zählen mag, ist Ansichtssache.
- Hilfreich wäre es, wenn alle deutschen New York Fahrer, ihre Erfahrungen miteinander austauschen und sich dadurch ein vollständigeres Bild von der Dynamik und den Zukunftsperspektiven ergibt. Dabei glaube ich nicht, dass die Interessen und thematischen Schwerpunkte unter den deutschen Teilnehmern (auch innerhalb der PF) so deckungsgleich waren, dass eine einheitliche Einschätzung über das, was neu, spannend oder weiterführend war, entstanden ist. In diesem Mix von Wissenschaft, Lobbyorganisationen und Finanzierern für Partnerprojekte etc. gibt es sehr unterschiedliche Perspektiven und Erwartungen an den GPPAC-Prozess.
- Es gab/gibt die Group of Friends of Prevention, eine Initiative von Staaten (Deutschland und die Schweiz sind hierbei sehr aktiv) die sich auf UN-Ebene für die Einrichtung einer „Peacebuilding Commission“ und einiger anderer Strukturen zur Stärkung der Menschenrechte und zur Verhütung von Genozid einsetzen. Diese Gruppe hat ihre Vorschläge in einem Papier formuliert, das an den Präsidenten der Generalversammlung gereicht wurde. Es soll ein thematischer Input für die Konferenz der Staatschefs im September sein. Laut Herrn Wolter will sich die dt. Seite insbesondere dafür einsetzen, dass im Rahmen der Peacebuilding Commission Mechanismen zivilgesellschaftlicher Partizipation berücksichtigt werden. Das ist nun eigentlich kein Ergebnis der GPPAC-Konferenz aber vielleicht ein Punkt zum dem die Plattform auch im Rahmen des Aktionsplans Krisenprävention den Austausch mit dem AA suchen können. Ob dieses Thema auch nach dem 18. September in der offiziellen dt. Außenpolitik vorkommt, bleibt jedoch abzuwarten.
- Beim Treffen der dt. NGOs in der dt. Vertretung wurde die Frage aufgeworfen, ob und welche Rolle die dt. Zivilgesellschaft haben könnte für die Entwicklung von Vorschlägen dazu, wie die Zivilgesellschaften vor Ort eingebunden werden könnten. Da Deutschland und die Schweiz einige Erfahrungen mit den Mechanismen des staatlich – nichtstaatlichen Austausches haben (KOFF,

FriEnt, Beirat zum Aktionsplan) könnten auf dieser Grundlage „Lessons Learnt“ für die Gestaltung solcher Mechanismen zusammengestellt werden. Von Seiten der dt. Vertretung wurde der Vorschlag formuliert, dass der zivilgesellschaftliche Beirat zum Aktionsplan ein mögliches Instrument der Rückbindung zwischen staatlichen Positionen (oder Inputs) für diese internationalen Prozesse und zivilgesellschaftlichen Erfahrungen und Empfehlungen sein könnte. Ein interessanter Vorschlag, von dem der Beirat bislang jedoch noch nichts weiß.

3. Wie es mit GPPAC weiter geht:

Antworten zu dieser Frage wurden mit besonderer Neugier erwartet und einige hofften sie am letzten Tag in einem WS mit dem Titel „The future of the Global Partnership for the Prevention of Violent Conflict“ zu finden. Es gab schätzungsweise 40 bis 50 Teilnehmende, wovon ca. zehn Personen Mitglied der International Steering Group waren. Diese Gruppe setzt sich aus Vertretern und Vertreterinnen der 15 Regionalgruppen und des ECCP zusammen. Sie hat die Redaktionsarbeit für die Global Action Agenda gemacht und traf sich nach Abschluss der GPPAC-Konferenz noch für ein bis zwei weitere Arbeitstage, um über den „way forward“ zu beraten. Dabei sollten sie Anregungen aus der Konferenz – und aus diesem WS zugrunde legen. Die Ergebnisse sollen später auf der Homepage abrufbar sein.

Nachdem dieser Kontext geklärt war, präsentierte eine Teilnehmerin aus Osijek (Katarina Kruhonja) Umfrageergebnisse, die während der Tagung zusammengetragen wurden. Ein Team von ca. fünf Personen hatte strukturierte Interviews unter den Konferenzteilnehmenden durchgeführt, die eine Art Monitoring der Konferenz sicherstellen sollten. Auch diese Ergebnisse sind für die Homepage des GPPAC bestimmt. Einige der wesentlichen Punkte wurden im WS vorgestellt:

1. Die Zufriedenheit der Teilnehmenden sei sehr hoch;
2. Gleichzeitig gäbe es aber sehr unterschiedliche Verständnisse darüber, was das Ziel und Anliegen von GPPAC sei;
3. Einige „Communities“ seien nicht gut vertreten wie z.B. Menschenrechtsgruppen, VertreterInnen aus Lateinamerika, muslimische Organisationen;
4. Es gäbe auch große Unterschiede im Selbstverständnis der zivilgesellschaftlichen Gruppen. Einige Gruppen sähen es nicht als Aufgabe der Zivilgesellschaft an, die Politik zu kritisieren, das sei die Rolle der Medien, NGOs sollten stattdessen pragmatische Handlungsalternativen formulieren. Andere sähen die kritische Begleitung der Politik sehr wohl als ausreichendes Mandat und Betätigungsfeld von NGOs.
5. Ein großes Bedürfnis bestehe darin, sich klarer darüber zu werden, welches die Handlungsfelder der Krisenprävention seien und in welchem Verhältnis die globalen, regionalen und lokalen Handlungsansätze zueinander stehen. Es wäre wichtig, einen Austausch darüber zu führen, welchen Fragen, Aufgaben und Aktionen auf globaler Ebene behandelt werden müssten und für welche es auch auf regionaler und auf lokaler Ebene Lösungsansätze geben könne.
6. Große Diversität gäbe es beim Thema „Responsibility to Protect“, das wurde durch die Interviewer festgestellt, es ist leider nicht ersichtlich, ob im Rahmen der Konferenz Vorschläge entwickelt wurden, wie man mit diesen Unstimmigkeiten weiter umgehen kann. Möglicherweise war es aber genau Aufgabe der International Steering Group, die Themen zu identifizieren, für die ein gemeinsames Follow up besonders wichtig ist.

Nach dieser Präsentation kam es zu keiner wirklichen Diskussion mehr, es wurden eher weitere Punkte angesprochen, Vorschläge gemacht, wie der Prozess weiter gehen sollte, worauf zu achten wäre etc. Das alles aber nur als Sammlung guter Ratschläge, mit denen sich die Steering Group in den nächsten Tagen befassen konnte.

Folgende Punkte wurden dabei besonders betont:

- Es wurde die Gefahr deutlich gemacht, dass der Prozess nach dieser großen Konferenz an Fahrt verlieren könnte, es gäbe eine Reihe von Prozessen, die es nur bis zu so einem einzigen Großereignis gebracht hätten und danach verklungen wären, der Hague-Appeal for Peace wurde dabei mehrfach als mahnendes Beispiel angeführt.
- GPPAC bräuchte unbedingt einen engeren thematischen Fokus um überleben zu können, meinte Peter Woodrow von CDA und fand damit einige Unterstützung. Dabei wurde auch die Idee geäußert, man bräuchte dringend eine gemeinsame Kampagne „to bring us all together“ – was immer das genau heißen mag.
- Kumar Rupisinghe (einer der Pioniere ziviler Konfliktbearbeitung) legte große Emphase darauf, dass nun unbedingt die Netzwerke in den Regionen ausgebaut werden sollten. Hierbei bekam er von P. v. Tongeren Zuspruch, der konstatierte, dass bereits klar sei, dass sich die nächste Phase auf die Dynamik in den Regionen konzentrieren werde. Die erste Phase 2002 – 2005 hätte einen Focus auf die UN gelegt, nun seien die Regionen dran. Die Selbstverständlichkeit mit der Paul v. Tongeren das verkündete, hinterließ den Eindruck, dass doch nicht mehr alles so offen ist, wie es zunächst in dieser Sammelrunde schien.
- Als Beobachtung aus den verschiedenen Veranstaltungen wurde noch auf ein Dilemma hingewiesen: Unter den Konferenzteilnehmern sei die Bereitschaft zum Austausch über kontroverse Themen sehr gering, weil man befürchte, dass dies den Zusammenhalt und die Dynamik der „Bewegung“ oder der Gemeinsamkeit schwächen könnte – im Englisch wurde von „to divide the community and to weaken the movement“ gesprochen. Es wäre daher notwendig, bei den zukünftigen Themen solche zu identifizieren, die als „common denominator“ tauglich seien. Gleichzeitig wurde es aber für das weitere Zusammenwachsen auch als wichtig angesehen, mehr Gemeinsamkeit bei mehr inhaltlichen Themen zu erlangen.

Die Steering Group (SG) stellte schließlich den WS-Teilnehmern und Teilnehmerinnen die Aufgabe, in kleinen Buzzgroups Ideen zu entwickeln, wie GPPAC in fünf Jahren aussehen sollte. Dazu wurden von der SG 5 Themenfelder vorgegeben:

- Networking
- Capacity building
- Lobbying/advocacy
- Popular campaigning
- Research/documentation.

Die Aufgabe sollte wohl sein, eine Vision zu entwickeln, was GPPAC in fünf Jahren in jedem dieser Aufgabenbereiche tun soll. Die Rückmeldungen sind mit dieser Vorgabe sehr flexibel umgegangen.

Auffällig war, dass die meisten Rückmeldungen davon ausgingen, dass GPPAC in fünf Jahren ein „body“, ein handelndes Subjekt also und nicht mehr ein Prozess sein wird.

Um einen Eindruck davon zu vermitteln, in welche Richtung die Diskussion ging, hier eine unvollständige Liste der Visionen:

- GPPAC soll in Konfliktfällen facilitieren (bei welcher Art von Konflikten und zwischen welcher Art von Konfliktparteien, blieb dabei offen);
- GPPAC soll Standards für Peacework analog zu denjenigen der Humanitären Hilfe erstellen;
- GPPAC soll „driving factor“ für die Idee sein, dass es legitim ist, wenn die internationale Zivilgesellschaft Friedensbedrohungen thematisiert, auch wenn es sich dabei um innerstaatliche Phänomene handelt;
- GPPAC soll regelmäßige Regionalkonferenzen organisieren;
- GPPAC soll eine ständige Vertretung bei der UN haben. (Dieser Vorschlag kam nicht von P.v. Tongeren und wurde von ihm auch nicht kommentiert, was nun auch bemerkenswert ist)

Mein Fazit dieses Workshops ist, dass die Bemühungen um einen engeren Austausch zwischen Zivilgesellschaft und der UN sehr deutlich in Richtung Internationalisierung und Dezentralisierung gehen. D.h. international agierende Organisationen mit eigenen Büros in den Regionen und auch in New York haben hier ein klares Interesse und natürlich auch einen Vorteil. Sie verstehen sich als Verbindungsglied zwischen lokalen Akteuren, z.T. den nationalen Regierungen, Regionalorganisationen und den UN. Eine solche Entwicklung wäre aber nicht nur für die „big shots“ der Zivilgesellschaft, sondern auch für die verschiedenen UNO-Organisationen hilfreich und pragmatisch. Außerdem würde sich damit im Bereich der Friedensförderung letztlich nur das nachvollziehen, was im Bereich der humanitären und der Menschenrechte bereits eingetreten ist: eine Art Ausdifferenzierung und Hierarchisierung innerhalb der zivilgesellschaftlichen Organisationen was gleichzeitig eine Art Monopolisierung der internationalen Zugänge durch wenige große, internationale Organisationen nach sich zieht.

Wie bereits gesagt, kann dieses Bild der Ergebnisse nur ein Ausschnitt und sollte durch den Austausch mit anderen Beobachtern und Beobachterinnen der Konferenz abgeglichen und gegebenenfalls korrigiert werden.

4. Mögliche thematische Anknüpfungspunkte für die Plattform zivile Konfliktbearbeitung oder/und für FriEnt:

- Das Engagement der dt. Vertretung für Mechanismen zivilgesellschaftlicher Beteiligung an der Peacebuilding Commission aufgreifen und beim AA nachfragen, ob Interesse an unseren Erfahrungen mit solchen Mechanismen besteht. (FriEnt, ZFD, Beirat als Lernfelder).
- Zum Thema präventive Handlungsfähigkeit hat Mary Fitzduff (INCORE) die These vertreten, dass die Kontakte zu den Leuten „behind the screen“ wichtiger und Erfolg versprechender seien, als eine zu öffentliche, zu offizielle Vorgehensweise. Es wäre interessant im Austausch mit ihr zu besprechen was das im detail für die Arbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen heißen kann.
- Ein wichtiges Thema könnte auch für die PF die Frage danach zu sein, auf welchen Ebenen welche Aufgaben der Friedensförderung angegangen werden sollten. Ein Nachdenken darüber führt automatisch zum Thema des Job Sharing zwischen international agierenden und lokalen Organisationen. Dass diese Frage wiederholt bei der Konferenz auftauchte, kann bereits eine Auswirkung dieser aufkommenden Ausdifferenzierung und Konkurrenz zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen sein. Zu wem wird die UNO zukünftig zuerst Kontakt aufnehmen, zu den international agierenden oder den lokalen Organisationen? Welchen Einfluss werden die großen

NGOs auf die Gestaltung lokaler Friedensbemühungen bekommen? Andererseits leitet dieses Thema aber auch zu der konzeptionell interessanten Herausforderung Mehrebenenansätze zu entwickeln und zu einem klassischen FriEnt-Thema, dem der Kohärenz oder zumindest der Absprache zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Strategien auf internationaler, bilateraler und lokaler Ebene.

- Für die Teilhabenden der PF könnte auch der Eindruck interessant sein, dass die Tendenzen einer engeren Zusammenarbeit zwischen der UNO und der Zivilgesellschaft zu einer Neustrukturierung des Feldes zivilgesellschaftlicher Akteure führen wird. Was mag das auf Dauer für die Teilhabenden oder ihre lokalen Partnerorganisationen bedeuten?
- Last but not least, ist auch die Idee entstanden, dass die Zivilgesellschaft sich dafür stark machen könnte, das entsprechend der acht Development Goals ebenfalls „Security and Peace Goals“ entwickelt und von Regierungschefs beschlossen werden sollten. Dafür könnte sich die internationale Zivilgesellschaft stark machen bzw. Lobbyarbeit betreiben.
- Ein möglicher weiterer Themenkomplex für die Arbeit des Initiativkreises der Plattform ist die zukünftige Beziehung der Plattform zum ECCP. Will sie an bestimmten Punkten des weiteren GPPAC-Prozesses mit dem ECCP kooperieren und welche Inhalte und Form könnte das haben? Nahe liegend ist, dass ProUncopac hierbei eine wichtige Rolle spielen wird.

Angelika Spelten, 7.09.2005

für den Initiativkreis der Plattform und für FriEnt

Dieser Bericht wurde im Auftrag der Evangelische Akademie Loccum angefertigt, um der weiteren Förderung der zivilen Konfliktbearbeitung Grundlage und Anstoß zu geben.

© Evangelische Akademie Loccum, 2005